

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Tarifautonomie, Streikrecht und Demokratie

Die Welt hat am 24. Februar 1962 zuerst Dr. Paulssen, dem Präsidenten der Arbeitgeberverbände, und dann am 10. März 1962 (Nr. 59) Otto Brenner, dem Vorsitzenden der IG Metall, Gelegenheit gegeben, in umfangreichen Aufsätzen zum großen Tarifstreit in der deutschen Metallindustrie und zu seiner grundsätzlichen Bedeutung Stellung zu nehmen.

Nach einer klaren, konzentrierten Darstellung der Vorgänge und des gewerkschaftlichen Verhaltens in dieser Auseinandersetzung — leider können wir aus Raumgründen diesen Teil des Aufsatzes nicht wiedergeben — macht Brenner interessante Bemerkungen zur Propaganda der Arbeitgeber und zur Haltung der öffentlichen Meinung:

„Die allgemeine Tendenz der Argumentation der Arbeitgeber lief darauf hinaus, daß die IG Metall mit ihren Forderungen die Stabilität der Währung, die Exportchancen der Bundesrepublik und das wirtschaftliche Wachstum gefährde. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Arbeitgeber mit dieser Propaganda gewisse Erfolge in der Öffentlichkeit erzielt haben. Nur selten nimmt man ihre Argumente kritisch unter die Lupe und stellt ihnen die tatsächliche wirtschaftliche Lage gegenüber. Die wohlfundierten Darlegungen der Gewerkschaften finden dagegen wenig Beachtung. Wo hat man, um nur ein Beispiel zu nennen, berücksichtigt, daß nach einer Vorkalkulation der IG Metall bei einer vollen Erfüllung ihrer Forderungen nur ein Mehraufwand je Arbeitsstunde von 14 Prozent eintreten würde und daß die von den Arbeitgebern angegebenen 27 Prozent jeder Grundlage entbehren?

Bei unveränderten Preisen hätte die Metallverarbeitung 1961 einen Bruttogewinn von acht Mrd. DM erzielt, das ist mehr als sie bis 1960 jemals verdiente. Die Gewinnspanne wäre lediglich von zehn auf acht Prozent der Umsätze zurückgegangen. Hätte man sachlich argumentieren wollen, dann hätte man sich mit diesen Fakten auseinandersetzen müssen.

Die Öffentlichkeit hat jedoch verstanden, daß die Metallindustriellen das Homburger Abkommen vom Sommer 1960 willkürlich auslegten. Sie behaupteten, es enthalte zumindest „die moralische Verpflichtung“, während seiner Laufzeit auch über Lohn und Gehalt zentral zu verhandeln. Außerdem müsse der Lohnausgleich von 3,5 Prozent für 1 1/2 Stunden Arbeitszeitverkürzung ab 1. Januar 1962 bei den Forderungen voll angerechnet werden. Auf Grund dieser Taktik kam es

erst Mitte Januar zu konkreten Verhandlungen, allerdings mit völlig unzulänglichen Angeboten, die nur erhöht wurden, als die Arbeitnehmer in machtvollen Kundgebungen und in einer Urabstimmung ihren Willen zum Ausdruck gebracht hatten, notfalls für die Forderungen der IG Metall in den Streik zu treten.

In diesem Moment begann die Propagandamaschine der Metallindustriellen auf Hochtouren zu laufen. Mit allen Mitteln versuchten sie, die Arbeitnehmer einzuschüchtern. Eine längst im alten Repertoire des Klassenkampfes verstaubte Waffe, die Aussperrung, wurde wieder aufpoliert. Man drohte mit ihr sogar in Gebieten, die von den gewerkschaftlichen Aktionen überhaupt nicht betroffen waren. Man versuchte durch Mitarbeiterbriefe, Postwurfsendungen und sogar durch Androhung der Kündigung von Werkwohnungen die Gewerkschaftsfront zu schwächen. Die Möglichkeit des Streiks, von dem die deutschen Arbeitnehmer erwiesenermaßen einen äußerst sparsamen Gebrauch machen, wurde als ein nationales Unglück und eine schwere Gefahr für die Wirtschaft und für unser gesamtes demokratisches Staatswesen hingestellt. Man wollte die Öffentlichkeit glauben machen, „daß ohne ein Einschreiten des Staates alle mühsam erarbeiteten Erfolge der Bundesrepublik zu-nichte gemacht würden.“

Abschließend äußert sich Brenner grundsätzlich zum Problem der Tarifautonomie und zu den Gefahren staatlicher Einmischung. Wir möchten auch diese Schlußsätze im Wortlaut festhalten:

„So ließ denn auch die staatliche Einmischung nicht auf sich warten. Selbst wenn die Vermittlung des Ministerpräsidenten Kiesinger die Tarifpartner wieder an den Verhandlungstisch gebracht hat, können wir nicht verhehlen, daß eine Einigung ohne jede staatliche Hilfe sehr viel besser gewesen wäre. Denn in einer freien Gesellschaft, die das Streikrecht der Arbeitnehmer zu ihren wichtigen Errungenschaften zählt, kann es nicht darauf ankommen, Arbeitskämpfe um jeden Preis zu vermeiden. Sie müssen als letztes Mittel der Auseinandersetzung nicht nur auf dem Papier, sondern tatsächlich möglich sein; hätten die Gewerkschaften nicht mehr die Möglichkeit, vom Streikrecht Gebrauch zu machen, gäbe es keine Demokratie mehr.

Deshalb werden wir uns in Zukunft nicht nur gegen jede Einengung des Streikrechts mit Hilfe einer Notstandsgesetzgebung wehren, sondern auch sorgsam darüber wachen, daß die Tarifautonomie, das heißt die Selbstverantwortung der Vertragsparteien, erhalten bleibt. Trotz der aufgezeigten Schwierigkeiten ist es uns gelungen, für die Arbeitnehmer der Metallindustrie am Ende eine beachtliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Die Auseinandersetzung war von Er-

folg gekrönt. Sie hat aber eine Fülle von beunruhigenden Tendenzen in unserer gesellschaftlichen Entwicklung sichtbar gemacht, gegen die wir uns wappnen müssen. Ausschlaggebend ist, daß die Gewerkschaften volkswirtschaftlich durchaus verantwortlich gehandelt haben und daß der soziale Fortschritt neuen Auftrieb erhalten hat. Das vor allen Dingen ist zur Stärkung der Demokratie dringend erforderlich.“

Hatten wir alles getan?

Hatten wir alles getan, um eine Sturmflutkatastrophe, wie sie sich an der deutschen Nordseeküste ereignete, durch ausreichende Deichbauten zu verhindern? Zu dieser Frage, die grundsätzliche Bedeutung hat, schreibt *Günter Doebel* im *Kölner Stadt-Anzeiger* (Nr. 42, 19. 2. 1962) u. a.:

„Die verantwortlichen Stellen erklären allen Fragern, die Katastrophe wäre weit schlimmer gewesen, wenn nicht die Deiche in einem großangelegten Ausbesserungsplan bereits vielerorts verstärkt und erhöht worden wären. Dies sei in der Bundesrepublik die Nutzenanwendung aus der noch schwereren Katastrophe des Sturmflut-Einbruchs an der niederländischen Küste gewesen.

Und dennoch regt sich allgemein der böse Verdacht, daß die großen Werke unserer Technik in erster Linie überall dort zu finden seien, wo Produktion, Umsatz, Verdienst, sogar Prestige es forderten, weniger aber dort, wo ‚nur‘ einfache Menschen auf dem Spiel ständen. Ein viermotoriges Verkehrsflugzeug kann sich notfalls noch mit einem Motor in der Luft halten, wenn die drei anderen bereits versagt haben. Das bedeutet eine vierfache Sicherheit! Die Deiche an der deutschen Nordseeküste haben keine vierfache Höhe, nicht einmal die doppelte dessen, was schlimmstenfalls erforderlich ist. Sie liegen hart an der Grenze des Notwendigsten, teilweise aber, wie sich jetzt zeigte, siebzig Zentimeter unter der andrängenden Sturmflut!

Sollte wirklich der Unterschied nur darin bestehen, daß ein Flugpassagier seinen Flugschein bezahlt, daß hier also etwas verkauft wird, hinter den Deichen aber nur das einfache Leben anzutreffen ist, das in den Hauptbüchern unseres Wunderlandes einen bescheidenen Posten ausmacht? Ganz konkret ausgedrückt: Sind die Mittel für die Verstärkung der Deiche an den deutschen Nordseeküsten zu spärlich geflossen?

Jetzt werden einige Milliarden Mark mehr als vorgesehen für die Beseitigung der Schäden und die Sicherung für die Zukunft aufgewendet werden müssen. Gleich, ob nun Naturgewalten oder menschliche Nachlässigkeit das Ausmaß dieser Katastrophe vergrößert

haben, man kommt nicht an der Feststellung vorbei, daß der Mensch mit seinen Mitteln und Möglichkeiten schon seit geraumer Zeit in der Lage ist, sich im Gegensatz zu früheren Jahrhunderten gegen jeden noch so heftigen Sturmfluteinbruch zu sichern. Diese Möglichkeit haben wir vertan.“

Jenseits von Ost und West

Unter diesem Titel hat Prof. Dr. *Ralf Dahrendorf* (Universität Tübingen) in der *Basler National-Zeitung* (Nr. 93, 25. 2. 1962) einen sehr beachtenswerten Aufsatz veröffentlicht, den wir hier in seinen entscheidenden Abschnitten wiedergeben möchten:

„Heute ist klar: Der ‚Eiserne Vorhang‘ bedeutet mehr als eine mit Wachttürmen gespickte und durch Stacheldraht markierte Grenze zwischen einander wenig freundlich gesinnten Staaten. Aber was bedeutet er? Machen wir es uns nicht ein wenig zu leicht, wenn wir gestatten, daß unser Verständnis der Gegenwart seine Struktur allein durch diese Grenze von ‚Ost‘ und ‚West‘ empfängt? Wir sagen: Der ‚Eiserne Vorhang‘ trennt die beiden Militärblocke der NATO und des Warschauer Paktes — und das ist eine etwas ungenaue (wenn man nämlich an die Neutralen auf der Westseite des Eisernen Vorhanges denkt), aber im großen und ganzen doch richtige Aussage. Wir sagen aber auch: Der ‚Eiserne Vorhang‘ trennt zwei Gesellschaftssysteme, nämlich freie und unfreie, demokratische und totalitäre Länder. Ist auch dies noch im großen und ganzen richtig? Trifft diese Aussage die ungarische oder polnische oder spanische oder portugiesische Wirklichkeit? Wir sagen schließlich in vielen Formen immer häufiger, daß der ‚Eiserne Vorhang‘ eine Grenze von Gut und Böse, Engel und Luzifer sei — und spätestens hier beginnt die einfache Teilung der Welt in Freund und Feind gefährliche Irrtümer zu zeugen ...

Zuweilen drängt sich heute der Eindruck auf, der Eiserne Vorhang und die Spaltung von Ost und West nehme psychologisch in der zweiten Nachkriegszeit den Platz der jüdischen Weltverschwörung der ersten Nachkriegszeit ein — und zwar in Ost und West. In vielen kommunistischen Ländern glaubt man in der Tat an eine kapitalistische Weltverschwörung, die sich aller Mittel bedient, um die eigene Gesellschaft zu unterwandern. Westlich des Eisernen Vorhanges wird andererseits in noch immer wachsendem Maße jede Person, jede Organisation, jedes Ereignis daraufhin geprüft, ob sie der kommunistischen Weltverschwörung, deren Existenz an sich nicht geleugnet werden soll, dienen oder nicht. Es ist, als gebe es keine anderen Maßstäbe des politischen und sozialen Denkens mehr als die

scheingeographischen Kategorien ‚Ost‘ und ‚West‘.

Schwerwiegend an diesem kleinformatischen Ost-West-Weltbild auf beiden Seiten des Eisernen Vorhanges ist nicht, daß es vereinfacht, auch nicht einmal, daß es in manchen Zügen falsch ist, sondern daß es dazu führt, die Beurteilung der Wirklichkeit zu verzerren, indem es von allen wesentlichen Werten ablenkt. In Deutschland, in den Vereinigten Staaten und anderen Ländern beginnt sich eine Tendenz abzuzeichnen, die in Ostdeutschland und der Sowjetunion zwar schon älter ist, aber Gesellschaften, die sich ‚frei‘ nennen, nicht wohl ansteht: die Tendenz, die wirklichen Machtblöcke einschränkungslos mit bestimmten Ideen, nämlich letzten Endes den Ideen von ‚Gut‘ und ‚Böse‘, zu identifizieren, so daß schließlich die eigene Wirklichkeit und das Gute und Richtige ununterscheidbar werden. In solcher *gefährlichen Identifikation* liegt immer eine folgenschwere Einengung des Gesichtsfeldes. Wenn die Wirklichkeit und das Gute identisch sind, dann kann man die Wirklichkeit nicht mehr im Namen des Guten kritisieren, d. h. dann ist jede Kritik böse und strafwürdig. Ist es übertrieben zu vermuten, daß etwa der McCarthyismus und seine neuesten Sprößlinge in den USA hier eine ihrer Wurzeln haben? Doch ist die organisierte Intoleranz dieser Art nicht die einzige Konsequenz des bornierten Ost-West-Weltbildes. Ein paar Beispiele mögen die politische Aktualität der hier gemeinten *Einengung des Denkens* illustrieren.

Daß trotz aller Bekenntnisse zum Gegenteil das Problem der Entwicklungsländer und ihrer Unterstützung im Osten wie im Westen fast ausschließlich unter dem Aspekt des Ost-West-Gegensatzes (‚Wer nicht für mich ist, ist wider mich!‘) gesehen wird, kann dem aufmerksamen Zeitungsleser nicht entgehen. Aber die Entwicklungsländer sind hier keineswegs das einzige Beispiel. Da ist etwa der kubanische Fall. Schon heute ist es im Westen kaum noch möglich, daran zu erinnern, daß in Kuba die Verbindung von einheimischer Korruption und ausländischem Geschäftssinn seit Jahrzehnten den Reichtum einiger auf Kosten unvorstellbarer Armut der vielen begründete. Historisch war die kubanische Revolution sicher so verständlich wie die amerikanische. Doch davon abgesehen: Angenommen, Kuba schloße sich ganz und gar dem Ostblock an; angenommen weiter, es übernehme alle Symbole und Schlagworte der Sowjetunion oder Chinas — ist der ‚Marxismus-Leninismus‘ in einem von vielen andersartigen Ländern umgebenen lateinamerikanischen Staat wirklich dasselbe wie in der Tschechoslowakei oder in Albanien? Ist es wirklich plausibel, alle diese Länder unter dem Stichwort ‚Osten‘ (‚Unfreiheit‘ — ‚Böse‘) einfach zusammenzuwerfen und mit den gleichen Waffen zu bekämpfen? Was für die

amerikanische Kuba-Politik gilt, gilt noch ausgeprägter für die deutsche Jugoslawien- oder Polen-Politik (ganz zu schweigen von der Spanien- oder Portugal-Politik). Wer nur mehr ‚Ost = Böse‘ und ‚West = Gut‘ zu denken vermag, kann natürlich nicht erkennen, daß mancher Staat, der unfrei aussieht, in seinem Inneren in einzelnen Aspekten mehr Freiheit kennt als mancher andere, der sich seiner Freiheit ständig rühmt. Auf diese Weise läßt sich allerdings jeder Versuch eines Brückenschlages über den Abgrund zwischen Ost und West als heimliche Unterstützung der Verschwörung der anderen diskriminieren und damit verhindern; aber eine differenzierte und kluge Politik läßt sich so schwerlich treiben.

Was nun in der Politik schon schwerwiegend genug ist, scheint mir noch verderblicher im Bereich des Denkens — in der Kunst, in der Philosophie, in der Theologie. Hier zeigt sich zugleich am deutlichsten, wie tief der Bazillus einer Identifizierung des Eisernen Vorhanges mit der Grenze zwischen Gut und Böse schon gedungen ist. Da ist der Schriftsteller, der über die Mauer in Berlin etwas mehr zu sagen weiß als daß sie eine Schandmauer ist — ihm wird prompt im deutschen Bundestag bescheinigt, daß er den Staat verraten habe, der ihm ein Stipendium gebe. Da ist der Philosoph, der sich weigert, seine Flucht nach Westdeutschland mit dem üblichen antikomunistischen Bekenntnis zu krönen — ihm wird von einer Studentenvereinigung nahegelegt, doch wieder dorthin zu gehen, wo er ‚hingehöre‘. Und in diesen Zusammenhang gehört denn auch der Theologe, der sich weigert, die schlimme Gleichung ‚West = Gut‘ auch noch mit religiöser Weihe zu umgeben. Dieses letztere Beispiel ist darum so wichtig, weil schon allzu viele Anzeichen dafür sprechen, daß auch das Christentum im Gegensatz zwischen Ost und West Partei geworden sei, nämlich als Rechtfertigung einer der beiden Positionen, so daß endgültig jede Idee, die uns als Menschen bewegen könnte, ihren eindeutigen Platz in der einfachen Welt von Ost und West gefunden hat.

Gegenüber solchen verderblichen Irrtümern scheint es wichtig, gelegentlich an den Gemeinplatz — ist er es noch? — zu erinnern, daß alles Wesentliche in dieser Welt jenseits von Ost und West zu suchen ist. Wir sollten froh sein, daß es noch Menschen gibt, die uns zuweilen daran gemahnen, daß die Welt nicht ganz so einfach ist wie sie dem Ost-West-Weltbild erscheint. Mindestens dreierlei ist bei der Beurteilung jedes Ereignisses zu beachten: die Wirklichkeit des Ostens, die Wirklichkeit des Westens und das, was wir für gut und richtig erachten. Das ist zwar auch noch eine sehr einfache Optik, aber doch schon eine unvergleichlich subtilere als sie in fast allen Ländern des Ostens und allzu vielen Ländern des Westens gang und gäbe ist. Wenn wir zum Bei-

spiel die Freiheit als höchsten Wert der Politik erachten, dann werden wir feststellen, daß es in vielen Ländern des Ostens und einzelnen des Westens sehr wenig davon gibt, in einzelnen Ländern des Ostens und vielen des Westens erheblich mehr, aber nirgends in der Welt genug. Und wenn gar von der Gottlosigkeit der Welt die Rede ist und von ihrer Überwindung, dann werden wir es dem Christen gestatten müssen, daß er zögert, seine Theologie zur Rechtfertigung westlichen Lebensgenusses gegenüber der gefährdeten Existenz vieler Menschen in kommunistischen Ländern zu verwenden. Die „Deutschen Christen“ der nationalsozialistischen Zeit sind ein Beispiel nicht für die unbequeme Bewertung des einzelnen am Maßstab der Idee, sondern für eben jene Identifizierung von Christentum und Westlichkeit, die mancher heute etwas gedankenlos verlangt.

Immer häufiger wird die Frage, ob der Westen eine Idee habe, gestellt. Vielleicht wäre es wichtiger, einmal zu fragen: *Braucht der Westen eine Idee?* Stehen nicht für uns, insofern wir Wert auf die Freiheit in der Gesellschaft legen, die unser Verhalten leitenden Ideen jenseits von Ost und West? „Der Westen“ im Sinne der EWG oder der NATO oder anderer politischer Verbindungen ist nur eine begrenzte politische Realität. Zu fordern, daß ein solches Gebilde sich auch noch mit der Weihe einer Idee umgeben möchte, heißt, den Ideen dieselbe plumpe Rechtfertigungsaufgabe zuzuordnen, die sie in einigen kommunistischen Ländern haben. Wem es wirklich um Wohl und Wehe, Freiheit und Unfreiheit, Glück und Unglück der Menschen zu tun ist, für den ist nicht der verdächtig, für den es keine prästabilisierte Harmonie zwischen der Teilung der Welt und der Verteilung dieser Werte gibt, sondern der, der das Gute unbedenklich mit einer der beiden Seiten des Eisernen Vorhanges identifiziert und damit zeigt, daß ihm das Unrecht der eigenen Seite immer noch lieber ist als das Recht der anderen.“

Unabhängigkeit ist unbeliebt

Unter diesem Titel hat *Paul Sethe* in der *Welt* (Nr. 41, 17. Februar 1962) zum „Fall Bucerius“ einen Artikel veröffentlicht, der sich zu allgemeinen Betrachtungen über den Trend der heutigen Demokratie ausweitet. Wir zitieren die letzten Absätze im Wortlaut:

„Man darf sich über den klassischen Parlamentarismus nicht täuschen, es ging in ihm nicht zu wie in einem historischen Seminar oder auf einer Töcherschule. Wieviel gekränkter Ehrgeiz, wieviel Eitelkeit, wieviel Selbstsucht, wieviel Roheit waren hier wirksam. Aber wieviel Idealismus und wieviel Mut verbanden sich auch damit, wie leidenschaftlich wurde gekämpft! Und alle konnten sie nur

deshalb so handeln, weil sie ganze Menschen waren und nicht Räder einer Maschine.

In vielem ist die Gegenwart vergangenen Zeiten weit überlegen. Aber man darf nicht blind sein gegenüber den Gefahren, ja den Verlusten, die es auch gibt. Das kostbare Gut unserer Freiheit wird nicht nur vom Osten bedroht. Wir werden es verlieren, wenn die Rebellen aussterben und wenn nur noch der sorgfältig organisierte Mensch unser Denken bestimmt.

Darum grüßen wir alle, die den Mut zur eigenen Überzeugung bewahrt haben, auch wenn ihre Gruppe ihnen deshalb gram wird. Wir grüßen alle, die es ertragen, Rückversicherer, Amiknechte, fellow travellers, Kapitalistensöldlinge, Arbeiterverführer genannt zu werden, wenn sie der Stimme ihres Gewissens folgen. Wir grüßen alle, die ihre Gemeinschaft lieben und dennoch die Bereitschaft zur inneren Einsamkeit bewahren, wenn die Stunde der Entscheidung gekommen ist. Auf ihnen ruht unsere Zukunft.“

W.F.